

Gegenvorschlag zur U-Abo-Initiative

Die Regierung will die Subventionsbeiträge bei den Jugendlichen nicht streichen

Von Thomas Dähler

Liestal. Mit einem Gegenvorschlag will die Baselbieter Regierung die Volksinitiative «Ja zum U-Abo» bekämpfen. Sie schlägt vor, dass das U-Abo künftig nur für Kinder und für Jugendliche in Ausbildung mit Subventionsbeiträgen verbilligt wird. Die Initiative will die Subventionsbeiträge fest im Gesetz zur Förderung des öffentlichen Verkehrs verankern. Unterstützt der Landrat den Gegenvorschlag, gelangt er zusammen mit der Initiative Mitte nächsten Jahres zur Abstimmung. Die Urheber der U-Abo-Initiative waren sich gestern einig: Der Vorschlag sei zwar «nett», der ÖV werde damit aber nicht gefördert, heisst es in einer Stellungnahme.

Ausgelöst hat die Initiative die Finanzstrategie 2016–2019 der Baselbieter Regierung. Die Baudirektion von Sabine Pegoraro schlägt als Massnahme vor, mit der Aufhebung der U-Abo-Subventionen ab 2017 jährlich 15,4 Millionen Franken einzusparen. Für die Umsetzung dieser Massnahme ist allerdings die Zustimmung des Tarifverbands Nordwestschweiz (TNW) notwendig. Doch sowohl auf der Fach-ebene als auch auf der Regierungsebene waren sich die fünf beteiligten Kantone einig, «dass nicht die Aufhebung der U-Abo-Subventionen, sondern eine Steigerung des im TNW vergleichsweise sehr tiefen Kostendeckungsgrades im Vordergrund stehen muss», wie die Baselbieter Bau- und Umweltschutzdirektion in ihrem 8. Generellen Leistungsauftrag für den öffentlichen

Verkehr schreibt. Zurzeit werden die Möglichkeiten, den Kostendeckungsgrad zu erhöhen, im Rahmen der TNW-Bestellerstrategie untersucht. Lösungsvorschläge werden gemäss jüngsten Angaben aus der Baudirektion Ende Jahr erwartet.

Das U-Abo gibt es gemäss geltender Regelung für Benutzer, die im Verbundgebiet wohnen, zu einem verbilligten Tarif. Ab Dezember kostet für sie das vergünstigte Abonnement 80 Franken pro Monat, für Senioren 67 Franken und für Jugendliche 53 Franken. Nicht subventionierte Abonnemente hingegen kosten pro Monat 105 Franken, für Senioren 78 Franken.

Neue Verhandlungsposition

Die Regierung sieht mit dem Gegenvorschlag vor, dass künftig für Benutzer aus dem Baselbiet die höheren Tarife zur Anwendung gelangen. In der gestern vorgestellten Vorlage rechnet sie allerdings noch mit den alten, im Dezember auslaufenden Tarifen. Sollte das Volk den Gegenvorschlag annehmen, könnte die Regierung mit einer modifizierten Verhandlungsposition beim TNW beantragen, die U-Abo-Subventionen für Baselbieter abzuschaffen. Ob die Partner allerdings auf den modifizierten Vorschlag eingehen würden, ist fraglich, wie zu vernehmen ist.

Eva Juhasz, Baselbieter ÖV-Delegierte im TNW-Vorstand, beurteilt die Ausgangslage jedoch anders. «Die Verhandlungschancen sind nicht so schlecht», sagte sie der BaZ. Die vorgeschlagene Variante sei von der Arbeits-



Sparmassnahme light. Auch mit dem Gegenvorschlag sollen Baselbieter künftig für das U-Abo mehr bezahlen als die Benutzer aus der Stadt. Foto Moira Mangione

gruppe für die Bestellerstrategie als eine von verschiedenen Möglichkeiten bereits einmal besprochen worden. «Eine andere Meinung hat der Kanton Basel-Stadt.» Dort sei das U-Abo zurzeit «unantastbar». Möglicherweise hofft die Baselbieter Baudirektion darauf, dass die Bürgerlichen in Basel-Stadt die Wahlen gewinnen und die Haltung der heutigen Regierung aufgeben.

Spareffekt weniger hoch

Mit dem gestern vorgestellten Gegenvorschlag zur Initiative rechnet die Regierung damit, dass die einst vorgeschlagene Sparmassnahme zumindest teilweise gerettet werden könnte.

Die Einsparung mit der neuen Variante beziffert sie auf 11,6 statt auf 15,4 Millionen Franken. Dabei berücksichtigt sie, dass auch höhere Abzüge bei den Steuern geltend gemacht werden könnten.

Der Spareffekt ist aber dennoch zu hoch angesetzt: Es müsste nämlich davon ausgegangen werden, dass ein erheblicher Teil der heutigen U-Abo-Besitzer auf das Auto umsteigt. Ausserdem könnten Familien auf die preislich attraktiven unpersönlichen Abonnemente umsteigen und damit weniger Abos lösen. Offen wäre zudem, ob die Partnerkantone wegen des Rückgangs der Frequenzen einen anderen Verteilungsschlüssel verlangen.

Kommentar

Untauglich

Von Thomas Dähler

Der von der Regierung verabschiedete Gegenvorschlag zur U-Abo-Initiative ist als Versuch zu werten, die Sympathisanten des Volksbegehrens mit einer noblen Geste zugunsten der Jugendlichen zu ködern. Doch es dürfte schwierig sein, sie davon zu überzeugen, dass die abgespeckte Sparmassnahme beim TNW besser verfangen werde – die Bevorzugung der Jugendlichen ändert nichts daran, dass Pendler bei einer derart massiven Verteuerung des Abos sich aus wirtschaftlichen Gründen dazu entschliessen könnten, auf das Auto umzusteigen.

Ein Argument, das den Kanton Basel-Stadt dazu bewegen könnte, der Sparmassnahme zuzustimmen, liefert auch der Gegenvorschlag nicht. Wer am heutigen Subventionsmodell etwas ändern möchte, müsste behutsamer vorgehen. Den Pendlern müsste ein Angebot unterbreitet werden können, das näher beim Verursacherprinzip läge und nicht nur den Bedürfnissen des Kantons Baselland entgegenkäme. So aber ist der Gegenvorschlag nur ein untauglicher Versuch der Baudirektorin, die befürchtete Annahme der Initiative mit einem Trick abzuwenden.

thomas.daeher@baz.ch

Nachrichten

Gemeinden wollen Polizeiposten behalten

Arlenheim/Aesch. Die Gemeinderäte von Arlesheim und Aesch sind mit der geplanten Schliessung der Polizeiposten in ihren Gemeinden nicht einverstanden. Arlesheim will die Polizei mindestens so lange stationär im Dorf haben, wie das an den Polizeiposten angebaute Bezirksgefängnis in Betrieb ist – also bis 2018. In seiner Mitteilung weist der Gemeinderat darauf hin, dass die Gemeinde dem Kanton auch entgegenkommen sei, als es darum ging, das Gefängnis mindestens bis 2018 betreiben zu können. Aesch befürchtet von der Ausdünnung des Postennetzes eine Verschlechterung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung.

Kindergarten wird wegen Gestank verlegt

Reinach. Im Kindergarten Thiersteinstrasse stinkt es. Trotz umfangreicher Abklärungen konnte die Ursache nicht ausfindig gemacht werden. Deshalb drängen sich weiterführende Untersuchungen mit baulichen Massnahmen auf, teilt die Gemeinde Reinach mit. Für die Arbeiten zum Schutz der Kinder wird der Unterricht nach den Herbstferien in den Kindergarten Rainenweg verlegt. Es wird ein Shuttlebus-Dienst eingerichtet.

Havarie mit chemischem Stoff in Schweizerhalle

Pratteln. In einem Chemiewerk in Schweizerhalle kam es am Mittwochmorgen beim Abfüllen von Chlorsulfonsäure zu einer Havarie. Wie die Polizei mitteilt, habe für Mensch und Umwelt keine Gefahr bestanden. Chlorsulfonsäure ist eine farblose, stechend riechende und an der Luft stark rauchende Flüssigkeit. Die Ursache der Havarie wird abgeklärt.

Abstimmung über Kunsti am 27. November

Sissach. Über die Totalsanierung der Kunststebahn Sissach wird an der Urne abgestimmt. Wie die Gemeinde mitteilt, ist das Referendum mit 643 Unterschriften zustande gekommen. Der Gemeinderat hat die Abstimmung über den 8,7-Millionen-Franken-Bruttokredit auf den 27. November festgelegt.

Genusswoche etabliert sich als Marke

Das neue Baselbieter Label für Produkte und Gastronomie stösst auf Anklang

Von Daniel Wahl

Liestal. Als Genussland hat das Baselbiet weder einen schlechten noch einen guten Ruf. In der kulinarischen Welt wird der Kanton vielmehr als ein blinder Fleck wahrgenommen. Doch das könnte sich ändern: Um die im Kanton hergestellten Produkte überhaupt zu positionieren, haben das Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain, die Stadt Liestal und Baselland Tourismus eine Marke geschaffen. Sie soll Genuss und Qualität aus dem Baselbiet über die diesjährige Genusswoche hinaus bekannt machen. «Das Label soll als werthaltiges Produkt aus unserer vierten Genusswoche hervorgehen, in der sich Liestal als Genusshauptstadt der Schweiz positionieren konnte», sagt Liestals Stadtpräsident Lukas Ott.

Das Logo stellt einen Teller mit Heugabel und Kochlöffel dar. Verwenden dürfen das Label Produzenten von Baselbieter Produkten auf ihrer Verpackung sowie Gastronomiebetriebe in ihren Speisekarten. Das Logo transportiert die Worte «Genuss aus Baselland – pure Leidenschaft» als Botschaft heimischer Produkte hinaus ins Land. Es stehe ferner für naturnahe Produktion mit fairen Partnern. Die Urproduktion und die namensgebenden Zutaten müssen komplett aus dem Baselbiet stammen.



Löffel und Heugabel. Produzenten und Gastronomiebetriebe können das neue Baselbieter Label verwenden.

Der Kritik am wachsenden «Labeling» von Nahrungsmitteln stellt sich der Ebenrain-Leiter Lukas Kilcher entgegen: «Tatsache ist, dass es grossartige Produkte aus dem Baselbiet gibt, aber keine Botschaft aus dem Kanton.» Dabei will man es offenbar besser machen als die gesichtslose schweizerische Marke «Das Beste aus der Region», die vom Bauernverband zum «Das Beste aus dem Baselbiet» verbessert wurde – und doch keinen Anklang fand. Kein Betrieb machte mit, zu teuer waren offenbar die Lizenzgebühren, mit denen man die schweizerische Organisation mitfinanzieren

musste. Zu aufwendig waren auch die Audits, die nicht nur die Produktion unter die Lupe nahmen. Wer «Das Beste aus der Region» verwendete, musste die Buchhaltung öffnen und nachweisen, dass die Wertschöpfung in der Region bleibt.

Kilcher und insbesondere die für die Validierung beauftragte Johanna Gysin achten auf einen möglichst geringen Aufwand. «Wir wollen nicht daran verdienen. Wir stellen den Beratungsaufwand in Rechnung. Ab 150 Franken kann man dabei sein», sagt Gysin.

Label zählt fürs einzelne Produkt

Um die Marke zu erwerben, muss nicht der ganze Betrieb auf heimische Produktion ausgerichtet sein. Es reicht, wenn ein einzelnes Nahrungsmittel im Baselbiet hergestellt wird. Beispielsweise dürften die Würste der Metzgerei Jenzer in Arlesheim mit «Genuss aus Baselland» etikettiert werden, wenn das Rind auf Baselbieter Weiden stand, selbst wenn es in Oensingen geschlachtet wird. Die einfache Administration ohne Lizenzgebühren und die Transparenz kommen bei Baselbieter Betrieben an. Bereits hätten 13 Produzenten und Verarbeiter Verträge unterzeichnet und nutzen die Marke. Unter anderem die Familie Rudin-Thomen aus Eptingen mit ihrem Kernotto oder Stefanie und Christian Weber vom Baregg in Hemmiken, die Urdinkel, Galloway-Rindfleisch, Holunder und vieles mehr zertifizieren liessen. Mit dabei auch die Regiomolkerei Frenkendorf mit diversen Milchprodukten sowie Restaurants: der «Leue» Waldenburg, der Gasthof Neubad in Binningen oder das Hotel Bienenberg.

Noch nie in den vier Jahren zuvor hat die Genusswoche der Schweiz in unserer Region so viel Aufmerksamkeit erzeugt, wie in diesem Jahr. «Sich als Genusshauptstadt der Schweiz zu bewerben, hat sich auszahlt», meint Stadtpräsident Lukas Ott. Der Erfolg ist sichtbar: Die Genussstafel, das lange Bankett vom Regierungsgebäude zum Stadttor am Sonntag, ist um 100 auf 800 Sitzplätze erweitert worden.

An dieses erhöhte Interesse an Baselbieter Produkten will das Label anknüpfen. Gut möglich, dass bald auf einem Joghurtbecher, erworben auf der Autobahnraststätte Grauholz, «Genuss aus dem Baselbiet» steht.



Grosser Publikumsandrang. Der Liestaler Genussmarkt hat es gezeigt: Das Interesse an Baselbieter Produkten wächst. Foto Christian Jaeggi

Sozialpartner einigen sich

ZPK und ZAK werden reorganisiert

Liestal. Die Wirtschaftsvertreter und die Exponenten der Gewerkschaften haben sich offenbar zusammengerauft. Gewerkschaftsbund, Unia und Syna sowie Wirtschaftskammer Baselland haben sich auf eine gemeinsame Weiterarbeit bei der Zentralen Paritätischen Kontrollstelle (ZPK) und der Zentralen Arbeitsmarktkontrolle (ZAK) geeinigt, wie sie in einem gemeinsamen Communiqué mitteilen. Die beteiligten Organisationen sowie der Kanton arbeiten gleichzeitig gemeinsam mit dem Kanton an einer Neuaufstellung von ZAK und ZPK, wie es weiter heisst. Das neue Konstrukt solle ab Anfang 2017 operativ tätig sein. Bereits bis Ende Oktober soll über die personelle Vertretung der Sozialpartner in ZPK und ZAK entschieden sein. Keinen Einfluss hat die Neuaufstellung auf die laufende staatsanwaltschaftliche Untersuchung im Zusammenhang mit der ZAK. ch

Bruderholzspital nicht ausbluten

Ärztegesellschaft Baselland mit Vorbehalten gegen Spitalfusion

Liestal. Die Baselbieter Ärzte befürworten die Stossrichtung der Strategie von Stadt und Land für eine regionale Gesundheitsversorgung mit einer gemeinsamen Spitalstrategie. Dies entspreche einer alten Forderung der Ärztegesellschaft Baselland. Vorbehaltlos stellt sich die Berufsvereinigung jedoch nicht hinter die gemeinsame Spitalgruppe, wie sie mitteilt.

So kritisiert sie den langen Zeithorizont von zehn Jahren: Die Dynamik des Wandels im Gesundheitswesen sei derart hoch, dass die Situation in einem Jahrzehnt «äusserst schwierig» abzuschätzen sei. Zu weit geht der Ärztegesellschaft der geplante Leistungsabbau am Standort Bruderholz. Sie fordert eine Fortführung der stationären Grundversorgung mit reduzierter Bettenzahl mindestens bis 2026 sowie das Festhalten an der Notfallstation auf dem Bruderholz für leichte und mittlere Fälle in Kooperation mit den Hausärzten. Dies zur Entlastung der Notfallstation des Unispitals. ch